



Presseschau vom 26.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-Rinfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: „Staatliches Banditentum“: Russisches Verteidigungsministerium zu Ölfeld-Plan der USA in Syrien

Das russische Verteidigungsamt hat zu den Äußerungen des US-Verteidigungsministers Mark Esper über den weiteren Verbleib der militärischen Gruppierung der USA im Osten Syriens Stellung genommen.

Laut dem amtlichen Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, ist die Behauptung des Pentagon-Chefs über die Notwendigkeit eines weiteren Verbleibs der US-amerikanischen Truppengruppierung im Osten Syriens, die „die Erdölfelder dort vor IS-Terroristen schützen“ sollte, unmissverständlich zu deuten.

„Ausnahmslos alle Vorräte von fossilen Brennstoffen und sonstigen Bodenschätzen auf dem Territorium der Syrischen Arabischen Republik gehören nur der Syrischen Arabischen Republik und keineswegs den IS-Terroristen und erst recht nicht den ‚amerikanischen Beschützern gegen die IS-Terroristen‘.“

Weder das Völkerrecht noch die US-amerikanischen Gesetze würden eine legitime Aufgabe der US-Truppen zum Schutz und zur Verteidigung der Vorräte der fossilen Brennstoffe Syriens gegen dieses Land und sein Volk vorsehen, betonte Konaschenkow.

„Und das, was Washington jetzt treibt, - die Eroberung der Erdölfelder im Osten Syriens und die bewaffnete Kontrolle darüber – ist, einfach gesagt, ein internationales staatliches Banditentum.“

Der wahre Grund für diese ungesetzliche Tätigkeit der USA in Syrien liege weit von den von Washington verkündeten Idealen der Freiheit und von den Aufrufen zur Bekämpfung des

Terrorismus entfernt, so der Sprecher.

Er berief sich dabei auf die vom russischen Verteidigungsministerium vorgelegten Weltraum-Aufnahmen, die davon zeugten, dass syrisches Erdöl vor und nach der Niederschlagung der IS-Terroristen im Euphrat-Einzugsgebiet unter sicherer Bewachung durch das US-Militär intensiv gefördert und mit Tanklastern massenweise über die syrische Grenze hinaus zur Verarbeitung transportiert worden sei.

Dabei habe Washington offiziell die Lieferung von Erdölprodukten nach Syrien mit Sanktionen belegt, die nicht nur die US-Unternehmen, sondern auch alle anderen betreffen. Unter Bewachung durch US-Soldaten und Angehörige US-amerikanischer privater Militärunternehmen würden Tanklasten Erdöl als Schmuggelware von den ostsyrischen Ölfeldern in andere Staaten befördern. Bei jeglichem Angriff auf einen solchen Lastzug würden prompt Kräfte für Sonderoperationen und Kampfjets der USA eingesetzt.

Die Ölförderung selbst erfolgt laut Konaschenkow mithilfe von Ausrüstungen, die führende westlichen Korporationen in Umgehung der US-Sanktionen zur Verfügung gestellt haben. Der Auftrag über die Ausfuhr von syrischem Erdöl wird von einem Unternehmen umgesetzt, das bei der so genannten „Autonomen Verwaltung Ostsyriens“ gegründet wurde und unter US-Kontrolle steht. Die Einnahmen durch den Ölschmuggel werden über Brokerunternehmen auf die Konten amerikanischer privater Militärunternehmen und der US-Geheimdienste überwiesen.

Da das Schmuggelöl 38 US-Dollar pro Barrel kostet, beträgt der Monatsertrag der staatlichen Dienststellen der USA aus ihrem „Privatgeschäft“ mehr als 30 Millionen US-Dollar.

Um diesen ununterbrochenen und kontroll- und steuerfreien Finanzstrom zu sichern, seien die Pentagon-Leitung und die Geheimdienste der USA bereit, die Ölsonden in Syrien ewig gegen mythische „geheime IS-Zellen“ zu schützen, betonte Konaschenkow.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31176/56/311765684.jpg>

mil-Info: In den letzten 24 Stunden wurden zwei Feuerangriffe von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR registriert.

de.sputniknews.com: **Russlands Verteidigungsministerium veröffentlicht Beweise für US-Ölschmuggel in Syrien**

Das russische Verteidigungsministerium hat am Samstag [Satellitenbilder veröffentlicht](#), die eine Fortsetzung der rechtswidrigen Ölgewinnung durch die USA in Syrien zeigen sollen. Der Behörde zufolge weisen die vom Weltraumgeheimdienst vorgelegten Bilder darauf hin, dass das „unter dem zuverlässigen Schutz der US-Truppen“ befindliche Öl in Syrien von ihnen gewonnen und zur Bearbeitung aus Syrien abtransportiert worden sei. Dies sei sowohl vor als auch nach der Niederlage der Terrormiliz „Islamischer Staat“* in dieser Region

geschehen.

Auf dem Foto der Ölsammelstation Daman, die sich 42 Kilometer östlich der Provinz Deir ez-Zor befindet, ist zum Beispiel eine Ansammlung von Kraftfahrzeugen zu erkennen.

„Es gab 90 Kraftfahrzeuge, darunter 23 Tanklastwagen“, heißt es im Kommentar zu dem Foto, das am 23. August 2019 aufgenommen wurde.

Am 8. September wurden dem Verteidigungsministerium zufolge in der Nähe der Provinz Deir ez-Zor 36 Fahrzeuge erfasst, darunter 32 Tanklastwagen. In der Provinz Hasaka wurden am 5. September 25 Autos und 22 Tanklastwagen bemerkt.

Am Freitag bestätigte Pentagon-Chef Mark Esper, dass Washington Truppen nach Nordost-Syrien schicken würde, um den Schutz der dortigen Ölfelder vor IS-Terroristen zu sichern. Diese Entscheidung macht den vorherigen Beschluss der USA von Anfang Oktober teilweise rückgängig, ihre Streitkräfte aus der Region abzuziehen.

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministers, Igor Konaschenkow, verurteilte das Vorgehen der USA in Bezug auf die syrischen Ölfelder als „internationales staatliches Banditentum“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32591/05/325910595.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. Oktober 3:00 Uhr bis 26. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 23. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Wasiljewka, Mineralnoje, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Siedlung des Abakumow-Bergwerks), Losowoje, Luganskoje, Alexandrowka, Staromichajlowka, Signalnoje, Nikolajewka, Petrowskoje, Sosnowskoje, Kulikowo, Kominternowo, Sachanka.**

Außerdem haben die BFU gestern das Feuer auf Mineralnoje eröffnet. Infolge des Beschusses erlitt ein Mann, geb. 1969, wohnhaft Komsomolskaja-Straße 39, zahlreiche Splitterverletzungen. Der Verletzte wurde in der Jasinowatajer zentrale Bezirkskrankenhaus eingeliefert, sein Zustand wird als mittlernst bewertet.

Zerstörungen von ziviler Infrastruktur wurden bislang nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 108.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die

Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 435.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trump hebt Einfuhrzölle auf einige ukrainische Warenpositionen auf**

US-Präsident Donald Trump hat den zollfreien Handel mit der Ukraine zum Teil wiederhergestellt. Das teilte das Weiße Haus am Samstag unter Berufung auf Trumps Statement mit.

Dem Präsidenten zufolge hatte er den zollfreien Handel in Bezug auf einige ukrainische Warenpositionen 2018 aus der Sorge eingestellt, dass die Urheberrechte in der Ex-Sowjetrepublik nicht zuverlässig genug geschützt wurden.

„Nach der jüngsten Überprüfung habe ich einen gewissen Fortschritt der Ukraine im Urheberrechtsbereich festgestellt und beschlossen, den zollfreien Handel wieder zu beleben“, erklärte Trump.

US-Zollpräferenzen

Das Einheitliche System von Zollpräferenzen war in den USA auf Grund des Handelsgesetzes von 1974 geschaffen worden. Es berechtigt die aufgelisteten Länder – knapp 120 – zur zollfreien Einfuhr von rund 3.500 diversen Warenpositionen. Der Zweck besteht darin, die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder zu begünstigen.

Im Mai 2018 wurden 155 ukrainische Warenpositionen aus dem System genommen. US-Medien zufolge war der Schaden für Kiew kaum zu spüren gewesen: Vor allem bei Schokolade brachen die Lieferungen zwar um mehr als die Hälfte ein, in absoluten Zahlen aber auf nur etwa 120 Millionen US-Dollar. Betroffen waren ferner Zielfernrohre, Pilze, Deodorante und einige andere Erzeugnisse.

2018 führten die USA zollfreie ukrainische Waren im Gesamtwert von nur 51 Millionen US-Dollar ein, während die Gesamtlieferungen wertmäßig auf 1,4 Milliarden US-Dollar geschätzt wurden.

Trump's jüngster Beschluss trifft zum 1. November in Kraft. Um welche Warenpositionen es sich handelt, wurde nicht mitgeteilt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **USA setzen Flüge nach Kuba aus**

Die US-Administration verschärft weiter den Kurs gegen Kuba. Nun wird der Linienflugverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba, mit Ausnahme des Flughafens der Hauptstadt Havanna, ausgesetzt. Das folgt aus einer Mitteilung des US-Außenministeriums.

„Auf Aufforderung des Außenministers hat das US-Verkehrsministerium den regulären Flugverkehr zwischen US-amerikanischen und kubanischen internationalen Flughäfen, mit Ausnahme des internationalen Flughafens Jose Marti in Havanna, bis auf weiteres ausgesetzt“, heißt es.

Ziel sei, den Zufluss von Devisen durch Reisende aus den USA einzuschränken. Als Begründung nannte das US-Außenministerium die Menschenrechtssituation in Kuba und die Unterstützung der Regierung von Nicolás Maduro in Venezuela.

Die Fluggesellschaften hätten 45 Tage Zeit, um den Liniendienst zu den insgesamt neun betroffenen Flughäfen in Kuba einzustellen. Es soll sich demnach um etwa acht Flüge täglich

handeln.

Kubas Reaktion

Das kubanische Außenminister Bruno Rodriguez Parrilla hatte auf Twitter das Vorgehen Washingtons scharf kritisiert.

„Wir lehnen die neue Maßnahme zur Blockade Kubas seitens der USA ausdrücklich ab (...). Dies schadet den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Wir werden keine Zugeständnisse machen. Wir werden siegen“, schrieb er.

Beziehungen zwischen Kuba und den USA

Die Administration von Präsident Donald Trump hatte in den vergangenen drei Jahren bereits mehrmals den Handel und die Verkehrsverbindung mit Kuba eingeschränkt. Bei Trumps Vorgänger Barack Obama hatten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Teil normalisiert. Washington und Havanna hatten die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt. Dabei gilt bereits mehr als 50 Jahre lang das US-Handelsembargo gegen Kuba. Es ist ein großes Hindernis für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft.

mil-lnr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij und eines Vertreters des Zivilschutzministeriums der LVR am 26.10.2019

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter den Waffenstillstand zur Umgruppierung und Konzentration von militärischem Potential in der Operationszone. **Zur Stationierung von Militärtechnik nutzt der Gegner weiter Objekte der zivilen Infrastruktur.** Die Kämpfer nutzen Wohnhäuser als Schilde, um ihre Feuerpunkte zu decken.

Nach Informationen unserer Aufklärung haben Kämpfer der 72. Brigade im privaten Wohnsektor von Solotoje auf Befehl Bogomolows sieben Stück Militärtechnik stationiert, darunter Schützenpanzer, Panzertransporter und ein gepanzertes Fahrzeug „Kugar“. Insgesamt hat unsere Aufklärung in den letzten 24 Stunden 33 Stück verschiedene Panzertechnik des Gegners in Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie entdeckt.

Um die Entdeckung der Waffen und Militärtechnik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarung stationiert ist, zu verhindern, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Funktion der OSZE-Drohnen, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorium durchzuführen.** Wir haben Aktivitäten von mobilen Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegführung im Verantwortungsbereich der 14. Brigade festgestellt. Die Beobachter der OSZE haben mehrfach in offiziellen Berichten über Fälle von Unterdrückung der Leitungskanäle ihrer Drohnen über von den BFU kontrollierten Territorien in den Gebieten von Trechisbjonka und Krymskoje berichtet.

Unsere Aufklärung verfügt über **Informationen über Pläne einer Reihe von Funktionsträgern der ukrainischen Streitkräfte**, die vom ehemaligen Präsidenten der Ukraine Poroschenko ernannt wurden und weiter unter seinem Einfluss sind. Nach unseren Informationen haben höhere Offiziere des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte und der Operation der Besatzungskräfte die Absicht, **eine Reihe aufsehenerregender Provokationen an Objekten der Lebenserhaltung in der Nähe der Kontaktlinie durchzuführen**, um die Erfüllung der Friedensvereinbarungen zu sabotieren.

Hauptobjekte des von den ukrainischen Verbrechern geplanten Terrorakts ist das Chemiewerk „Sarja“ in Rubeshnoje, das landwirtschaftlichen Dünger und andere chemische Stoffe für verschiedene Branchen herstellt. Auf dem Territorium des Unternehmens und in speziellen Lagern sind erhebliche Menge gefährlicher Giftstoffe gelagert. Ein Störfall an diesem Objekte wird unausweichlich zu Opfern und der Bevölkerung sowie zu einer starken Kontamination der Umwelt führen.

Außerdem haben die Provokateure die Absicht, **Terrorakte an Objekten der zivilen Infrastruktur durchzuführen**, um ein großes öffentliches Aufsehen zu erregen. Als Objekte

erwägen die ukrainischen Kämpfer Eisenbahn- und Straßenknotenpunkte auf dem Territorium der Republik.

Ergebnis solcher Provokationen soll eine deutliche Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie sein, deren die Volksrepubliken beschuldigt werden sollen.

Weiter planen Poroschenko und seine Komplizen, unter Nutzung der deutlichen Verschärfung der Lage durch die Provokationen Nationalisten und Veteranen der „ATO“ zu konzentrieren und vieltausendköpfige Kundgebungen mit der Forderung nach Absetzung des Präsidenten und der Regierung der Ukraine durchzuführen.

Außerdem ist nach unseren Informationen **am 20. Oktober** im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eine **nicht vom Stab der OOS kontrollierte nationalistische Einheit eingetroffen, um Provokationen unter Nutzung chemischer Giftstoffe durchzuführen**. Die Einheit ist mit Drohnenmannschaften ausgestattet, wir schließen nicht aus, dass die Realisierung des verbrecherischen Plans unter Einsatz von Drohnen erfolgen wird.

Möglicherweise ist ein pulverförmiger Stoff, der im Gebiet von Obosnoje entdeckt wurde und von dem Vertreter des Zivilschutzministeriums berichtet haben, Ergebnis der Aktivität dieser Einheit des Gegners.

Im Zusammenhang damit, wenden wir uns an die Bürger der Republik mit der Bitte, wachsam zu sein und verdächtige Personen und Situationen unverzüglich an die Rechtsschutzorgane oder die Kommandantur der LVR zu melden.

Das Produktionssicherheitssystem des Chemiewerks „Sarja“ ist so aufgebaut, dass das Aufkommen eines Störfalls mit gleichzeitiger Explosion oder Brand aller Abschnitte unmöglich ist. Außer dass eine große Menge gefährlicher Chemikalien vorhanden ist, produziert das Unternehmen verschiedene Arten von Sprengstoffen. Die gefährlichsten Abschnitten sind die Produktion von Benzol und TNT.

Es ist wichtig zu wissen, dass im Fall des Aufkommens eines Störfalls im Chemiewerk „Sarja“ vor allem örtliche Einwohner von den Folgen der Katastrophe betroffen sein werden, aber nicht nur in Rubeshnoje, sondern auch in Lisitschansk, Sewerodonezk und im Kremenowskij-Bezirk.

Bei einer Explosion in der TNT-Produktion würde die Werkhalle zerstört werden, dabei besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Detonationswelle sich über 10km erstreckt, was von Zerstörungen leichter Konstruktionen (Verglasungen u.s.w.) in diesem Umkreis begleitet sein wird.

Beim Aufkommen von Störfällen mit Zerstörung von Behältern mit chemischen Stoffen, die im technologischen Prozess verwendet werden (Salpetersäure, Schwefelsäure, Benzol) beträgt deren Ausbreitung abhängig vom Wind bis zu 20 km. Gleichzeitig würde die Produktion und Verarbeitung von Benzol mit einem folgenden Brand zur Abgabe von Brandprodukten von Benzol (...) in die Atmosphäre führen, was zu einer Überschreitung der Grenzwerte führen würde, was die Gesundheit der Menschen sowie die Umwelt gefährdet.

Die größte Gefahr stellen diese Stoffe beim Eindringen in den Boden und in der Folge in das Grundwasser dar, so dass das Wasser nicht mehr als Trinkwasser brauchbar ist und eine Gefahr für Leben und Gesundheit darstellt, besonders bei der Gewinnung von Trinkwasser aus Bohrlöchern. Umso mehr als der Sewerskij Donez, der seinerseits ein grenzüberschreitendes Wasserobjekt und großer Zufluss des Don ist sowie einer der grundlegenden Quellen der Wasserversorgung, darunter auch Trinkwasser ist, in unmittelbarer Nähe von Rubeshnoje fließt.

Die Einwohner des von der LVR kontrollierten Territoriums sind von den Folgen eines Störfalls im Chemiewerk praktisch nicht betroffen, aber alles hängt von den Wetterbedingungen und dem Grad der Kontamination der Wasserläufe ab. Kräfte und Mittel der Zivilverteidigung der Republik sind beim Eintreten eines Notfalls in Rubeshnoje bereit zur Liquidierung seiner Folge auf dem Territorium der Republik.

Wir empfehlen der Bevölkerung:

Beim Erhalt offizieller Informationen über einen Störfall müssen Radio oder Fernseher eingeschaltet werden und in der Folge die darüber gesendeten Empfehlungen befolgt werden. Es reicht individuelle Schutzmittel zu verwenden: zivile Schutzmasken jeden Typs, wenn diese fehlen Mulltücher, die mit Wasser oder 2prozentiger Lösung mit Trinksoda getränkt sind. Die Häuser dürfen nicht ohne Notwendigkeit verlassen werden, die Fenster und Türen, Schornsteine, Ventilationsschächte dicht schließen. Die Außentüren unter Nutzung von Kleidung oder beliebigen dichten Stoffen abdichten. Spalten und Fugen an Fenstern mit Folie, Heftpflaster oder normalem Papier abdichten.

de.sputniknews.com: **Fall Butina: In USA wegen „Spionage“ verhaftete Russin kommt frei und berichtet von Haftbedingungen**

Die wegen angeblicher Spionage in den USA verhaftete Russin Maria Butina ist freigekommen und heute am Moskauer Flughafen Scheremetjewo gelandet. In einem Interview für Sputnik und RT hat sie über die schwere Zeit ihrer Haft in den Vereinigten Staaten berichtet.

Butina kam heute am späten Vormittag nach 18-monatiger Haft in den USA als freie Frau nach Moskau zurück. Unterwegs sprach sie in einem ausführlichen Interview mit Journalisten von Sputnik und RT.

Zuallererst betonte sie, wie froh sie sei, wieder frei zu sein; sie wolle zuallererst zu ihrer Familie zurück. Zudem dankte sie allen, die sie unterstützt haben.

Von den insgesamt 18 Monaten im Gefängnis verbrachte sie ungefähr vier Monate in Einzelhaft. Diese Zeit sei extrem hart gewesen.

„Um nicht verrückt zu werden, sollte man einen sehr strengen Plan haben. Jede Stunde sollte man sich mit etwas beschäftigen“, erzählte sie.

Generell habe das amerikanische Rechtssystem sie zutiefst enttäuscht.

Sie hätte niemals mit einer Verhaftung und anschließender Inhaftierung unter solchen Bedingungen gerechnet.

Sie habe gedacht, dass in den USA ein Rechtssystem herrsche – doch das sei eine Illusion gewesen.

„Ich war wahrscheinlich ein naiver Mensch. Ich habe in der Illusion gelebt, ich sei in einem Rechtsstaat“, sagte sie.

So seien beispielsweise ihre Tweets, die als Grundlage für ihre Verhaftung in den USA dienten, so miserabel und manipulativ übersetzt worden, dass es fast schon surreal gewirkt habe.

Passagen etwa, wo sie über „unglaubliche Technik“ sprach, hätten die Amerikaner ins Englische als „geheime Ausrüstung“ übersetzt und das dann in der Anklage verwendet.

Bedingungen in der Haft

Ihre Zelle sei sehr kalt gewesen und sie habe diese nur nachts kurz verlassen dürfen. Nicht immer konnte sie die Telefonzeiten nutzen, um mit ihren Eltern zu sprechen.

Um sich in solch einer Umgebung abzulenken, habe sie viel gelesen – insbesondere Bücher über russische Ikonenmalerei und Kunst sowie russische Klassiker.

Zudem musste sie im Gefängnis arbeiten. Sie spülte Geschirr und unterrichtete andere Insassen in Mathematik. Für ihre Arbeit als Lehrerin bekam sie einen „Lohn“ von 17 Dollar im Monat. Die Arbeit als Tellerwäscherin mit ihren 29 US-Dollar im Monat sei sogar „rentabler“ gewesen.

Zugleich betonte sie – man durfte die Arbeit nicht ablehnen.

„Und das ist Sklaverei, weil man die Arbeit nicht ablehnen kann. Wenn man sich weigert zu arbeiten, wird man in die Isolationszelle geschickt. Es gibt also in Amerika immer noch die Sklaverei“, sagte sie.

Die gesamte Haftzeit sei für sie „die amerikanische Gefängnishölle“ gewesen.

In ihrer Zeit im Gefängnis habe sie zudem jeden Hafttag schriftlich festgehalten und beschrieben. Am Ende kamen rund 1100 Seiten Text zusammen. Nicht immer sei ihr dafür Papier gewährt worden.

„Ich schrieb auf allem: auf Toilettenpapier, auf den Rückseiten von Dokumenten – auf allem“, erzählte sie.

Nun wolle sie auf Basis dieses Textmassivs eine Art „kreatives Projekt“ machen.

Zudem könnte sie sich in der Zukunft für die Rechte von Gefangenen und Inhaftierten einsetzen.

Dies würde sich insbesondere gegen die US-Praxis von Einzelhaft richten.

„Das (die Einzelhaft) ist Quälerei. Das ist Folter. Das ist unmöglich. Das wünsche ich niemandem. Ich habe diese Erfahrung gemacht“, so Butina dazu.

Zugleich betonte sie auch, dass sie keinen Hass auf das amerikanische Volk habe. Eher müsse es bemitleidet werden.

„Ich glaube, dass das amerikanische Volk heute unsererseits eher Mitleid verdient. Weil sie ihr Land verlieren. Ihr Justizsystem existiert nicht. Sie haben einen blühenden Rassismus“, sagte die Russin.

Fall Butina

Maria Butina wurde im Juli 2018 in den USA inhaftiert und wegen einer angeblichen „Verschwörung mit dem Ziel, illegal als ausländische Agentin zu arbeiten“, zu 18 Monaten Haft verurteilt. Wegen der harten Haftbedingungen bekannte sie sich teilweise schuldig und konnte sich so vor einer langjährigen Haftstrafe retten.

Butinas Haftzeit lief am 5. November ab, doch sie wurde kurzfristig um zehn Tage gekürzt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32591/10/325911041.jpg>

de.sputniknews.com: US-Demokratin wirbt mit Gesetzentwurf gegen Finanzierung von Russlands G8-Rückkehr

Die US-Demokratin Katie Hill will der möglichen Finanzierung der Beteiligung Russlands an G7-Sitzungen oder der Rückkehr Moskaus in den Club der großen Wirtschaftsnationen mit Rechtsmitteln entgegenwirken. Ihr Gesetzentwurf liegt bereits dem Kongress zur Prüfung vor. In dem Papier wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Moskau seit 2014 Wahlen in G7-Ländern manipuliert, Desinformationen verbreitet und G7-Mitglieder zu beeinflussen versucht.

„Ungeachtet dessen plädiert (Präsident Donald) Trump dafür, ‚Russland ohne jegliche Vorbedingungen in den G7-Club zurückzuholen‘ (...). Kein einziger Amtsträger der USA, darunter auch der Präsident, darf seine Position für die Rückkehr Russlands in eine zu reanimierende G8 missbrauchen, bevor Moskau gewisse Vorbedingungen erfüllt hat“, heißt es in Hills Gesetzesvorlage.

Russland wieder G8-Mitglied?

Zuvor hatte Trump versprochen, seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin 2020 zum G7-Gipfel in die USA einzuladen. Es sei sinnlos, viele internationale Probleme ohne Russland zu diskutieren, begründete er seine Position.

Später erklärte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, dass sich die führenden Repräsentanten der G7 bei ihrem jüngsten Gipfel nicht auf die Einladung Russlands in den Club einigen konnten. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte die Wiederbelebung des G8-Formats von einem Fortschritt bei der Beilegung der Ukraine-Krise abhängig.

In einer Stellungnahme zu Trumps Vorstoß hatte Präsident Putin erklärt, man könne nicht in eine Organisation zurückkehren, die es nicht mehr gibt. Er wies zudem darauf hin, dass globale Probleme lieber im G20-Format erörtert werden sollten.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.10.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **23-mal das Feuer Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Strafruppen Schapowalows aus der 59. Brigade **Dolomitnoje** mit 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorjews aus der 92, Iwanows aus der 56. und Martschenkos aus der 28. Brigade die Gebiete von **Mineralnoje, Wasiljewka, Spartak, Staromichajlowka, Lowosoje, Alexandrowka, Signalnoje, Luganskoje, der Siedlung des Abakumow- und des Trudowskaja-Bergwerks** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Während des Beschusses von Mineralnoje wurde **ein örtlicher Einwohner, geb. 1969, verletzt**, ein privates Haus in der Komsomolskaja-Straße 39 wurde beschädigt. Außerdem geriet die Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke unter Beschuss, deren Mitarbeiteren gezwungen waren, sich im Schutzraum in Sicherheit zu bringen. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade des Verbrechers Korostylews das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Petrowskoje** und **Nikolajewka** eröffnet. Die Strafruppen Gnatows aus der 36. Brigade haben **Sosnowskoje, Kulikowo, Kominternowo** und **Sachanka** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 108 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Kein einziger Angriff von Seiten der ukrainischen Kämpfer wird unbestraft bleiben, die Kämpfer werden für jeden Tropfen Blut, der auf der Erde des Donbass vergossen wird, zur Verantwortung gezogen werden. Alle Materialien wurden an internationale Rechtsschutzorganisationen und die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste in der Zone der Besatzungskräfte. In den letzten 24 Stunden betragen die Verluste der Besatzer zwei Tote und drei Verletzte.

Ein weiterer empörender Fall ereignete sich am 25. Oktober im Gebiet von Krasnogorowka, wo während des Beschusses des Territoriums unserer Republik eine Detonation eines Mörsergeschosses im Lauf eines 120mm-Mörser „Molot“ erfolgte. Dabei starben der Soldat Tjapka und der Feldwebel Lapin vor Ort, drei weitere Kämpfer wurden verletzt und nach Kurachowo gebracht.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall erteilte der Kommandeur der Besatzungskräfte

Anweisungen, die 120mm-Mörser „Molot“ aus den Einheiten zu entfernen, um sie in die 1448. Zentralbasis für Artilleriewaffen in der Oblast Rowenki für eine weitere Bearbeitung der Fragen ihres Einsatzes zu schicken. Der genannte „innovative“ Mörser - das vollkommenste Kind der „ukrainischen Rüstungsindustrie“ - hat mehr Leben von Kämpfern der bewaffneten Formationen gekostet als reale Kriegshandlungen.

Trotz der Anweisungen des Leiters des Generalstabs der BFU Chomtschak zur Verstärkung der Kontrollmaßnahmen über die Einhaltung des Regimes der Feueinstellung im Donbass beschießen die Kämpfer der bewaffneten Formationen mit schweigender Zustimmung des Kommandeurs der OOS Krawtschenko weiter das Territorium unserer Republik, unter anderem mit 122mm-Artillerie, deren Einsatz in den letzten 24 Stunden in Richtung Donezk festgestellt wurde. **Den Einsatz verbotener Waffen durch die ukrainischen Seite bemerken auch Vertreter der OSZE-Mission**, unter anderem haben Beobachter den Einsatz von Mehrfachraketenwerfern durch Kämpfer BFU beim Beschuss von Donezk festgestellt. Das verbrecherische Kommando der Besatzungskräfte unterlässt die Versuche nicht, den Prozess der Regelung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg zu sabotieren. Trotz aller diplomatischen Anstrengungen der Führung unserer Republik hat die ukrainische Seite ihre Verpflichtungen zur Trennung von Kräften und Mitteln im Zeitraum vom 9. und 11. Oktober nicht erfüllt, was auf internationaler Ebene durch die vor Ort anwesenden Beobachter der OSZE-Mission registriert wurde. Dabei ist die politische Führung der Ukraine in Gestalt von Selenskij nicht in der Lage, auf die eigenen Banden Einfluss auszuüben.

Wir wollen Ihre Aufmerksamkeit auf **verzweifelte Anstrengungen der Ukrainischen Seite zur Sabotage des Prozesses der Trennung von Kräften und Mitteln** am Abschnitt Nr. 3 Petrowskoje durch die Nutzung der von ihnen erdachten Bedingung einer siebentägigen Ruhe, die die bewaffneten Formationen der Ukraine zielgerichtet nicht einhalten, lenken.

So haben Kämpfer der 128. Brigade Korosteljews unter dessen persönlicher Kontrolle provokativen Beschuss im Gebiet von Bogdanowka durchgeführt, dessen dann traditionsgemäß die Einheiten der Volksmiliz der DVR beschuldigt wurden.

Das Kommando der Volksmiliz der DVR seinerseits erklärt, dass unsere Einheiten nach wie vor zur Trennung bereit sind. Wir sind auf eine möglichst schnelle Realisierung der Rahmenvereinbarungen ausgerichtet.

Wir erhalten weiter Informationen über **Verbrechen der Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine gegen örtliche Einwohner auf von Kiew kontrolliertem Territorium**. Unter anderem bemerken die Rechtsschutzorgane des Wolnowacha-Bezirks eine deutlich Zunahme der Zahl der Anzeigen von Einwohnern bezüglich des Verschwindens von Verwandten und Bekannten. Bei Ermittlungsmaßnahmen gerieten Kämpfer der 128. Brigade, die vor nicht allzu langer Zeit diesen Bezirk besetzt hat, ins Blickfeld. Inzwischen hat eine Ermittlungsgruppe der Generalstaatsanwaltschaft mit der Arbeit begonnen. Um eine genaue Zahl der Vermissten zu ermitteln, hat das Kommando der OOS angewiesen, den Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft Mitteilungen über örtlichen Einwohner in Bogdanowka und Wiktorowka zur Verfügung zu stellen, die aus Angst um ihr Leben den Wunsch geäußert haben, den Trennungsbezirk zu verlassen.

de.sputniknews.com: **Macron schätzt Moskau-Ankara-Deal zu Syrien positiv ein**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat bei einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die russisch-türkischen Vereinbarungen zu Syrien positiv eingeschätzt. Das teilte der Pressedienst des Kremls am Samstag mit.

„Emmanuel Macron hat die von Russland und der Türkei getroffenen Vereinbarungen positiv eingeschätzt. Nach allgemeiner Meinung sind die im Sotschi-Memorandum vorgesehenen Maßnahmen eine gute Basis für die Stabilisierung im Euphrat-Raum und werden zur Regelung der Syrien-Krise im Allgemeinen beitragen“, heißt es.

Unter anderem wurde bei dem Telefongespräch laut dem Pressedienst die Hoffnung zum

Ausdruck gemacht, dass die erste Sitzung des syrischen Verfassungsausschusses konstruktiv und ergebnisvoll verlaufen werde.

Zudem informierte Putin seinen französischen Amtskollegen über den Inhalt der russisch-türkischen Verhandlungen in Sotschi.

„In Übereinstimmung mit der vorläufigen Vereinbarung hat Präsident Wladimir Putin bei einem Telefonat den Präsidenten Frankreichs, Emanuel Macron, über den Inhalt der russisch-türkischen Verhandlungen auf höchster Ebene am 22. Oktober in Sotschi informiert“, heißt es. Es wurde hervorgehoben, dass die Entscheidungen, die in einem bei diesem Treffen abgestimmten Memorandum verankert seien, die Interessen aller Seiten in Betracht ziehen und die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität Syrien fördern. Zudem hätten sich Putin und Macron darüber verständigt, die Kontakte auf verschiedenen Ebenen fortzusetzen. ...

de.sputniknews.com: **Nach F-22 Kampffjets kommen B-1 Lancer: USA schicken erstmals strategische Bomber nach Saudi-Arabien**

Die Vereinigten Staaten bauen weiter ihre Militärpräsenz in Saudi-Arabien aus. Nur kurze Zeit nachdem Luftverteidigungskräfte und F-22-Kampffjets auf die Arabische Halbinsel verlegt wurden, entsendet Washington nun auch strategische Langstreckenbomber Rockwell B-1 Lancer in die Region.

Wie das Portal TheDrive berichtet, ist es wohl das erste Mal überhaupt, dass die USA ihre Rockwell B-1 Lancer (B-1B-Bomber) nach Saudi-Arabien verlegen. Diese folgen nun wenige Tage den F-22 Stealth-Kampffjets nach, die erst am Dienstag auf der Prince Sultan Air Base (PSAB) in Saudi-Arabien stationiert wurden.

Die genaue Anzahl der Langstreckenbomber ist derzeit unbekannt.

Die beiden Stationierungen kommen zwei Wochen nach der Ankündigung des Pentagons, in Saudi-Arabien ein ganzes Geschwader von US-Kampffjets dauerhaft zu beheimaten.

Die militärische Aufrüstung solle dabei eine Reaktion auf die Raketenangriffe auf saudische Ölanlagen sein, die im September stattgefunden hatten und unter anderem die größte Ö raffinerie der Welt beschädigten.

Wer für die Angriffe verantwortlich ist, ist endgültig immer noch nicht klar. Der Westen vermutet den Iran hinter den Angriffen, obwohl die jemenitischen Huthi-Rebellen öffentlich die Verantwortung für die Attacken übernommen hatten.

Der Iran weist jede Schuld von sich.

US-Aufrüstung in der Region

Außer den F-22-Kampffjets und den Bombern verlegte Washington neue Patriot-Raketenabwehrsysteme und weiteres schweres Militärgut in das Land.

Wie TheDrive berichtet, ist die Stationierung der B1-B-Bomber ein gewisser Wendepunkt – nicht nur, weil es offensichtlich die erste solche Stationierung auf saudischem Boden ist, sondern auch, weil die Vereinigten Staaten zuvor eigentlich alle strategischen Bomber aus der Region abgezogen hätten – nun mussten sie offensichtlich zurückbeordert werden. Der Abzug der Bomber im März dieses Jahres erfolgte unter anderem, weil die Maschinen wegen des langwierigen Einsatzes in der Region an die Grenze ihrer Strapazierfähigkeit gelangt seien. Im August 2019 gab der damalige Leiter des US-amerikanischen Strategic Command bekannt, dass nur sechs von 62 B-1B oder rund zehn Prozent der Flotte voll einsatzfähig waren.

Das Ziel ist der Iran

Das Portal schreibt weiterhin recht offen, dass die B1-B-Bomber „eine bleibende Bedrohung für den Iran oder andere Gegner in der Region darstellen, da sie die Möglichkeit bieten, Raketenangriffe von mehreren Vektoren aus zu starten“.

Von der PSAB aus könnten diese Bomber auch Patrouillen über dem Persischen Golf durchführen, „um unter anderem die Seebewegungen der iranischen Revolutionsgarden zu

überwachen“. Diese werden als ein Risiko für amerikanische oder verbündete Marine- und Handelsschiffe angesehen.

Zugleich betont das Portal, dass diese Bomber theoretisch auch auf der amerikanischen Al Udeid Air Base in Katar stationiert werden könnten, von wo aus sie die gleichen Aufgaben erfüllen könnten.

Dass die Bomber nun explizit nach Saudi-Arabien kommen, zeige, dass man die US-Unterstützung auf diese Weise noch einmal demonstrieren wolle, da Riad nach den Raketenangriffen auf seine Ölanlagen „verunsichert“ sei.

„Dies war ein klares Signal dafür, dass die US-Luftwaffe eine robustere und langfristige Präsenz im Königreich erwartet, (...) um auf künftige Krisen zu reagieren.“

Der Einsatz solle „eine klare Botschaft an den Iran oder andere amerikanische Gegner in der Region“ senden, dass die USA Saudi-Arabien militärisch weiter unterstützen und auf Bedrohungen reagieren werde, so das US-Portal abschließend.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31858/10/318581087.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Neue Operation gegen Kurden? - Erdogan droht im Fall des Vereinbarungsbruchs**

Ankara wird laut dem türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdogan, eine neue Operation gegen kurdische Formationen in Syrien beginnen, wenn sie in der an die Türkei grenzenden 30 Kilometer breiten Sicherheitszone bleiben sollten.

„Wir haben uns mit Russland geeinigt, doch wenn die Terroristen nach 150 Stunden in der vereinbarten Zone bleiben, werden wir weiterhin das tun, was wir tun müssen, wir werden selbst die Kontrolle über die Zone übernehmen und sie säubern. Wir werden uns nicht mit den Terroristen an den Verhandlungstisch setzen“, sagte Erdogan in Istanbul. Dies wurde von dem TV-Sender NTV übertragen.

Zuvor hatten Russland und die Türkei ein „Memorandum of Understanding“ über 10 Punkte unterzeichnet, darunter über die Entsendung von Einheiten der russischen Militärpolizei und des syrischen Grenzdienstes an die türkische Grenze außerhalb der türkischen Operation „Friedensquelle“. Sie werden den Abzug der kurdischen Truppen und ihrer Waffen auf 30 Kilometer von der syrisch-türkischen Grenze unterstützen. Innerhalb von 150 Stunden muss der Abzug abgeschlossen sein. Ab diesem Moment beginnt ein gemeinsamer russisch-türkischer Streifendienst in einem zehn Kilometer breiten Gebiet von der Grenze westlich und östlich des türkischen Einsatzgebiets. Die Stadt Qamishli soll davon nicht tangiert werden.

de.sputniknews.com: **US-Militär kehrt aus Irak nach Nordsyrien zurück – TV**

Das US-Militär ist aus dem Irak in das nordöstliche syrische Gouvernement al-Hasaka zurückgekehrt, wie das staatliche syrische Fernsehen am Samstag berichtete.

„Eine Kolonne der US-amerikanischen Besatzungstruppen marschierte, aus dem Irak kommend, durch einen illegalen Grenzübergang in das Gouvernement al-Hasaka ein. Dutzende Militärs und Kampftechnik werden von US-Hubschraubern gedeckt“, berichtete der Kanal Syria TV.

Am östlichen Euphrat-Ufer sind rund 90 Prozent aller syrischen Kapazitäten zur Ölgewinnung konzentriert. Am Donnerstag hatte US-Präsident Donald Trump den Kurden empfohlen, syrische Ölfördergebiete zu besetzen, die bereits größtenteils von den mit den USA verbündeten kurdischen Formationen kontrolliert werden. Zuvor hatte Trump mitgeteilt, dass ein beim Namen nicht genannter US-amerikanischer Konzern den syrischen Kurden helfen könnte, Öl zu gewinnen.

Zuvor hatte der irakische Verteidigungsminister Najah al-Sammari nach einem Treffen mit Pentagon-Chef Mark Esper mitgeteilt, dass die aus Syrien abziehenden US-Truppen den Irak „binnen vier Wochen“ verlassen werden. Esper zufolge werden etwa 1.000 US-Soldaten in den Westen des Iraks verlegt. Aber am Mittwoch wies das irakische Militärkommando die Amerikaner an, das irakische Territorium umgehend zu verlassen, weil ihnen nur der Transit genehmigt worden war.

Die USA und ihre Verbündeten kämpften seit 2014 in Syrien und dem Irak gegen die in Russland per Gesetz verbotene Terrormiliz Islamischer Staat (IS/Daesh). Dabei ging Washington ohne Genehmigung der offiziellen syrischen Behörden vor.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32589/45/325894515.jpg>

de.sputniknews.com: **Nach Freilassung von Butina: Botschaft fordert Ende der Russen-Verfolgung in USA**

Die russische Botschaft in Washington hat ein Ende der Verfolgung russischer Bürger in den USA sowie eine zwischenstaatliche Justizkooperation gefordert. Hintergrund ist eine US-Erklärung, wonach die Anschuldigungen gegen die zuvor aufgrund angeblicher Spionage festgenommene Russin Maria Butina gerechtfertigt seien.

„Hören Sie auf, die Russen auf der ganzen Welt zu verfolgen. Unsere Landsleute, die wegen fabrizierter Vorwürfe angeklagt wurden, bleiben weiterhin in amerikanischen Gefängnissen. Der zivilisierte Ansatz bedeutet, dass man die vorhandenen Mechanismen der rechtlichen Zusammenarbeit einsetzen sollte“, heißt es in dem Twitter-Beitrag.

Die US-Botschaft in Moskau hatte zuvor von Rechtmäßigkeit und Offenheit des amerikanischen Justizsystems im Fall der Russin Maria Butina gesprochen.

Maria Butina wurde im Juli 2018 in den Vereinigten Staaten festgenommen und wegen „Verschwörung“ im Interesse einer ausländischen Regierung zu 18 Monaten Haft verurteilt.

Am Freitag wurde sie nach Verbüßung ihrer Haftstrafe nach Russland abgeschoben. Das Flugzeug mit der Russin landete am Samstagmorgen auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo.